

INFORMATIONSFREIHEIT UND TRANSPARENZ

SCHWARZ-GRÜN KOMMT NICHT VOM FLECK

Weiter auf Zeit spielt die schwarz-grüne Koalition bei der Schaffung von mehr Transparenz von Verwaltungshandeln. Der SPD-Landtagsabgeordnete **Rüdiger Holschuh** forderte, dass die Koalition endlich ihr Versprechen umsetzt und selbst ein Informationsfreiheitsgesetz vorlegt, nachdem sie einen Entwurf der SPD abgelehnt habe. Das schwarz-grüne Mantra „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ diene nur als Beruhigungsspiel, um die interne Auseinandersetzung von Grünen und CDU über



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

RÜDIGER HOLSCHUH SIEHT DEN KOALITIONSTREIT ALS URSACHE FÜR STILLSTAND.

die Informationsfreiheit zu verdecken. „Eine moderne Verwaltung muss durch ein umfassendes Informationsrecht den Zugang zu

amtlichen Informationen gewährleisten. So kann die Kontrolle staatlichen Handelns verbessert werden“, sagte Holschuh. „Es wird zu einem wirklichen Kulturwandel kommen. Durch den einfachen Zugang zu mehr Informationen ist es den Bürgern und Bürgerinnen weitaus besser möglich, politische Entscheidungen nicht nur nachzuvollziehen, sondern sich auch aktiv einzubringen und sich zu beteiligen. Transparenz fördert Meinungsbildung und politische Teilhabe.“

FREIHEIT FÜR YÜCEL GEFORDERT

Der Landtag hat über einen Antrag von SPD, FDP und Linken debattiert, der die Türkei auffordert, rechtsstaatliche Grundsätze einzuhalten und den Journalisten Deniz Yücel, der aus Flörsheim stammt, aus der Haft zu entlassen.

Thorsten Schäfer-Gümbel sagte: „Deniz Yücel hat Mut bewiesen, indem er kritisch über die Türkei und die Politik des türkischen Präsidenten berichtet hat. Aber es darf nicht sein, dass man Mut braucht, um sein Recht auf freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit auszuüben. Wir appellieren an die türkische Regierung, die Grundsätze des Rechtsstaates zu wahren und Deniz Yücel frei zu lassen.“

Deniz Yücel stehe auch für rund 150 anderen Journalistinnen und Journalisten, die derzeit in der Türkei inhaftiert seien.

Schäfer-Gümbel berichtete, er

sei von Can Dündar, dem nach Deutschland geflohenen ehemaligen Chefredakteur der türkischen Zeitung Cumhürriyet, gebeten worden, trotz aller Missstände dort den Kontakt zur Türkei nicht abreißen zu lassen. Denn dann habe Erdogan in jedem Fall gewonnen. Den Antrag von SPD, FDP und Linken zur Freilassung von Deniz Yücel hat die schwarz-grüne Koalition allerdings abgelehnt und stattdessen einen eigenen Antrag mit gleichem Ziel beschlossen. Auch bei diesem Thema schafft es die schwarz-grüne Koalition nicht, über ihren Schatten zu springen und einem Antrag der Opposition zuzustimmen, obwohl der inhaltlich unstrittig war. Auf diese kleinliche Parteitaktik hat sich die SPD-Fraktion nicht eingelassen und auch dem Koalitionsantrag zugestimmt.



BEI DER BUNDESVERSAMMLUNG HAT THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL FRANK-WALTER STEINMEIER ZU SEINER WAHL GRATULIERT.

KLARE WORTE DES NEUEN BUNDESPRÄSIDENTEN

Anlässlich der Vereidigung des neuen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier hat Thorsten Schäfer-Gümbel dem neuen Staatsoberhaupt viel Kraft gewünscht. Er begrüßte, dass der Bundespräsident in seine Antrittsrede klare Worte zu den europäischen Werten sowie zur Türkei gefunden und die Freilassung des Journalisten Deniz Yücel gefordert habe.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

MEHR RESSOURCEN FÜR GRUNDSCHULEN NÖTIG

Wegen der angespannten Situation an hessischen Grundschulen hat **Christoph Degen** die Landesregierung aufgefordert, die hessischen Grundschullehrkräfte angesichts wachsender Aufgaben und Belastungen bei gleichzeitigem Personalmangel nicht länger im Regen stehen zu lassen. „Die Kürzung von 140 Stellen an Grundschulen im vergangenen Jahr war kontraproduktiv. Viele Lehrerinnen und Lehrer sind mit ihren Kräften am Ende und sehen sich zunehmend überfordert.“



FOTO: DRUBIC-FOTO - FOTOLIA

DIE SCHEINBARE IDYLLE TRÜGT: IMMER MEHR GRUNDSCHULEHRER BEKLAGEN EINE ZUNEHMENDE ÜBERLASTUNG. SCHWARZ-GRÜN REAGIERT ZU SPÄT.

UMSTRUKTURIERUNG DER STEUERVERWALTUNG

Die Versetzung einer kleinen dreistellige Zahl von Finanzbeamten aufs Land sieht **Gerald Kummer** allenfalls als „kleines Bausteinchen zur Stärkung des ländlichen Raumes.“ Während der Finanzminister Beamte in die Fläche versetze, mache die Justizministerin kleinere Amtsgerichte dicht und streiche Stellen. „So ganz einzig scheint sich diese Landesregierung in Bezug auf die Stärkung des ländlichen Raums nicht zu sein.“



BLOCKADE BEI EINWANDERUNGSGESETZ

Die Verweigerungshaltung der Landesregierung in der Frage nach einem Einwanderungsgesetz hat **Corrado di Benedetto** scharf

kritisiert: „Deutschland wird im nächsten Jahrzehnt massiv vom demographischen Wandel betroffen sein. Einwanderung allein aus der Europäischen Union wird in vielen Branchen und Mangelberufen nicht ausreichen. Deshalb braucht Deutschland dringend ein transparentes Einwanderungsgesetz, das gezielt den Zuzug von Arbeitskräften steuert.“



EUROPA STÄRKEN

Für die SPD ist das Ergebnis der Parlamentswahlen in den Niederlanden ein Aufruf, Europa zu stärken und den demokratischen Konsens zu erneuern. **Sabine Waschke** sagte, dass es auch nach der Wahl in den Niederlanden keinen Anlass für Erleichterung und Freude gebe. „Der Rechtspopu-



lismus, die Fremdenfeindlichkeit und die Gegnerschaft zu einem einigen Europa sind nicht besiegt. Vielmehr haben sie den Weg in die Rhetorik und die Programmatik der so genannten gemäßigten Politik gefunden.“

SCHÜLERTICKET MIT VERKEHRSWENDE

„Wir danken den Nahverkehrsverbänden und den kommunalen Vertretern, die einen erheblichen Anteil daran haben, dass das Schülerticket zu Beginn des nächsten Schuljahres starten kann. Aber die großen Herausforderungen werden in Hessen nicht angepackt – ein Schülerticket macht noch keine Verkehrswende“, sagte **Uwe Frankenberger**. Der Verkehrsexperte wies daraufhin, dass das Schülerticket in Hessen nur dann ein Erfolg werde, wenn das Angebot im hessischen ÖPNV stimme.



WOHNUNGSNOT SPITZT SICH ZU

Gleich vier Debatten über wohnungspolitische Fragen standen in der Plenarwoche an – auch das ein Anzeichen dafür, dass sich das Thema Wohnungsnot zuspitzt.



FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

Die SPD forderte ein Programm über 30 Millionen Euro, um die Wohnungsnot für Studierende abzubauen. **Michael Siebel** sagte, der Neubau halte mit dem Anstieg der Studierendenzahlen nicht Schritt. Um einen Versorgungsgrad von 10 Prozent zu erreichen, seien 10.000 neue Plätze notwendig. Weitere 50 Millionen Euro sollten über einen Nachtrags-

haushalt für sozial gebundenen Wohnungsbau zusätzlich bereit gestellt werden.

Unterstützung signalisierte Siebel für einen Gesetzentwurf der Fraktion „Die Linke“ gegen Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum.

Eine Initiative der schwarz-grünen Koalition zum Hessischen Wohnungsaufsichtsgesetz geht Siebel nicht weit genug. Das Gesetz soll die Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen verhindern, was insbesondere in Großstädten um sich greift. Die Beschränkung auf diesen Punkt sei nicht ausreichend, sagte Siebel. „Wir wollen auch Regeln, die Zweckentfrem-



MIT DIESEM PLAKAT HAT DAS STUDIERENDENWERK IN FRANKFURT AUF DIE WOHNUNGSNOT AUFMERKSAM GEMACHT.

BEAMTE JAHRELANG GESCHRÖPFT

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, **Günter Rudolph**, hat der schwarz-grünen Landesregierung jahrelanges Schröpfen der hessischen Beamtinnen und Beamten vorgeworfen. „Hessen muss endlich als Arbeitgeber wieder interessant werden, dazu gehört auch eine angemessene Besoldung, die sich an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung orientiert. Der Unmut in der hessischen Landesverwaltung ist groß. Die angebliche Wertschätzung der geleisteten Arbeit drückt sich in Ignoranz und Arroganz aus. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung haben dies in unzähligen Protestaktionen deutlich gemacht“, sagte Rudolph. Erfreulich sei, dass die schwarz-grüne Festlegung, jährlich nur ein Prozent Besoldungserhöhung einzuräumen,



DER DRUCK VON GEWERKSCHAFTEN UND OPPOSITION WAR ERFOLGREICH. HIER NANCY FAESER UND GÜNTER RUDOLPH MIT MITGLIEDERN DER POLIZEIGEWERKSCHAFT.

jetzt endlich gebrochen wurde. „Die jahrelangen Proteste der Gewerkschaften und Berufsverbände im öffentlichen Dienst, aber auch der SPD, waren erfolgreich. CDU und Grüne sind allerdings nur aus wahltaktischen Gründen von ihrer bisherigen beamtenfeindlichen Besoldungspolitik abgewichen.“

INNENMINISTER ENTGLEIST

Eine Äußerung von Innenminister Peter Beuth (CDU) hat zu einer Sitzung des Ältestenrates geführt. In der Debatte über die Abschiebungspolitik hatte er gesagt, „dass man von der Sozialdemokratischen Partei erwarten kann, dass sie wenigstens zum Rechtsstaat steht und sich hier auch klar zu dieser Frage bekennt“. Die SPD-Fraktion reagierte empört auf diese Aussage. **Günter Rudolph** sagte: „Dass ein Minister die Rechtsstaatstreue der ältesten demokratischen Partei Deutschlands in Zweifel zieht, ist eine ungeheuerliche Entgleisung. Leider war seine anschließende Erklärung nur halbherzig. Wie unsäglich seine Äußerung gewesen ist, scheint Herr Beuth gar nicht verstanden zu haben.“



AM WAHREN PROBLEM VORBEI

Als „handwerklich völlig sinnentleert“ sieht **Gerald Kummer** den Vorstoß der FDP, einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer in Höhe von 500.000 EUR einzuführen. „Der geht komplett am Ziel



vorbei. Statt sich auf die sechs Prozent Grunderwerbsteueranteil beim Grunderwerb zu konzentrieren, wäre es sinnvoll, bei den anderen 94 Prozent der Baukosten für Kostendämpfung zu sorgen“, sagte Kummer. Zudem führten die Freidemokraten nicht einmal eine seriöse Berechnung der steuerlichen Mindereinnahmen an. „Was junge Familien stattdessen brauchen, sind unbefristete Arbeitsverhältnisse, sichere Arbeitsplätze mit auskömmlichen Einkommen, kostenfreie Bildung schon von der Krippe und der Kita an, die Gleichstellung von Frau und Mann sowie bezahlbaren Baugrund, zum Beispiel durch eine zukunftsorientierte Bodenbevorratungspolitik. Der Antrag geht an den wahren Problemen vorbei.“



Die schwarz-grüne Landesregierung verzettelt sich nach Ansicht des SPD-Abgeordneten **Timon Gremmels** beim Klimaschutz.

„Statt sich auf Kernprojekte wie etwa die Verkehrswende zu konzentrieren, präsentiert Umweltministerin Hinz ein Sammelsurium mit über 140 Einzelmaßnahmen als Klimaschutzkonzept.“ Der Verkehrsbereich sei im Transitland Hessen das mit Abstand größte Klimarisiko. „Wir brauchen einen Hessenplan für den Verkehrs- und Mobilitätssektor.“ Dabei seien die über 60.000 Beschäftigten der hessischen Automobilwirtschaft zwingend mit einzubeziehen. „Wenn wir ihre Kompetenz und ihr Knowhow nutzen, können wir



vom Elektroantrieb bis zur Brennstoffzellentechnologie die Fahrzeuge der Zukunft entwickeln und Hessen als Standort der Automob-

ilwirtschaft sichern. Das wäre der größte Beitrag für den Klimaschutz.“ Erhebliche Kritik äußerte er am Verfahren zur Erstellung des Klimaschutzplans als „reine Regierungsveranstaltung“. „Wir wollen, dass der Landtag unter Beteiligung der Presseöffentlichkeit Experten anhören und befragen kann. Nur so können Kritik und Anregungen von der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände bis zum BUND transparent und offen dargelegt sowie gegebenenfalls aufgegriffen werden.“

PHRASEN STATT KONZEPTE

Konkrete Vorstellungen zur Zukunft der hessischen Gesundheitsindustrie hat die schwarz-grüne Koalition nicht entwickelt. Aus Sicht der SPD-Fraktion muss sich die Landesregierung stärker um Innovationsförderung kümmern und auch bildungspolitisch die Weichen anders stellen, um drohenden Fachkräftemangel



abzuwehren, sagte **Dr. Daniela Sommer**. Auch wenn die Gesundheitsindustrie heute boome, dürfe das Land sich nicht ausruhen, sondern müsse die Rahmenbedingungen für Wettbewerbsfähigkeit, Bildung und innovationsfreundliche Wissenschaft verbessern. „Wir brauchen eine stärkere Förderung der Hochschulen. Hier ist auch Verzahnung mit der Industrie notwendig, ohne dass die Freiheit der Forschung gefährdet wird.“

Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Redaktion:
Gert-Uwe Mende
(verantwortlich)
Gerfried Zluga-Buck
Christoph Gehring
Martina Häusel-David
Valeska Fuhr